

## **Bericht**

### **des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß) gemäß § 96 der Geschäftsordnung**

#### **zu dem von den Fraktionen der SPD, FDP eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Wehrpflichtgesetzes und des Zivildienstgesetzes**

**— Drucksachen 7/3730, 7/4841 —**

#### **Bericht des Abgeordneten Krampe**

Der Gesetzentwurf ist mit der Haushaltslage vereinbar.

Der Gesetzentwurf sieht vor, das Anerkennungsverfahren für Kriegsdienstverweigerer umzustellen und zu erleichtern. Dafür sollen unter bestimmten Voraussetzungen Kriegsdienstverweigerer vermehrt zum Zivildienst herangezogen werden. Die Dienstpflicht soll auch durch bestimmte Dienstleistungen in sogenannten freien Arbeitsverhältnissen erfüllt werden können. Die Dauer des Zivildienstes soll auf 18 Monate festgelegt werden.

Es ist damit zu rechnen, daß die geplante Regelung zu einer Erhöhung der Zahl der Kriegsdienstverweigerer und Zivildienstleistenden führen wird. Somit wird sich auch der Bedarf an Zivildienstplätzen erhöhen, woraus sich Mehraufwendungen des Bundes ab 1977 ergeben werden.

Die für die Durchführung des Gesetzentwurfs notwendigen Planstellen sollen aus dem Verteidigungsbereich dem Einzelplan 11 zur Verfügung gestellt werden.

Der Gesetzentwurf soll zum 1. Juli 1976 in Kraft treten. Für 1976 werden dennoch keine Mehrkosten zu erwarten sein, weil der bisherige Jahresdurchschnitt von voraussichtlich 20 000 Zivildienstleistenden nicht überschritten werden wird.

Für die Jahre ab 1977 wird dagegen mit einem Anstieg der Zahl der Zivildienststellen auf rd. 40 000 im Jahresdurchschnitt gerechnet. Davon sollen 30 000 auf — den Bund belastende — Zivildienstplätze einberufen und rd. 10 000 in — für den Bund kostenneutralen — freien Arbeitsverhältnissen Verwendung finden. Für die Jahre 1977 bis 1979 ergibt sich daraus ein finanzieller Mehrbedarf von 60 000 000 DM jährlich. Deckung für diese Mehrkosten ist in der Finanzplanung des Bundes enthalten.

Dieser Bericht beruht auf der vom federführenden Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung vorgeschlagenen Fassung des Gesetzentwurfs.

Bonn, den 18. Februar 1976

#### **Der Haushaltsausschuß**

<b>Leicht</b>	<b>Krampe</b>
Vorsitzender	Berichterstatler